

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ahrens,
geschätzte Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Rudersberg,

im Rückblick auf das anspruchsvolle Haushaltsjahr 2023 möchte die CDU-Fraktion ihren aufrichtigen Dank an alle Haupt- und Ehrenamtlichen richten, die sich auf vielfältige Weise für das Wohl und den Zusammenhalt unserer Gemeinde engagieren.

Wir stehen nun vor der Beratung des Haushalts für 2024 und plädieren dafür, auf weitere zusätzliche Forderungen zu verzichten und stattdessen zur Vorsicht zu mahnen. Angesichts der unsicheren finanziellen Zukunft bis 2026 sehen wir als erstes die Notwendigkeit, die bestehende Infrastruktur zu stärken und auf neue, kostenintensive Vorhaben zu verzichten. Wir alle sind aufgefordert, noch genauer als bisher das Wünschenswerte von dem zwingend Notwendigen zu unterscheiden und entsprechend zu priorisieren.

Daher lehnen wir die Errichtung einer neuen Moos-Sitzbank sowie einer E-Ladestation für Fahrräder am Ortsamt in Steinenberg ab. Die Entscheidung über den Trauplatz „Auf der Haube unter die Haube“ sollte erst nach Vorlage eines visualisierten Gesamtkonzepts mit den Kosten für den EnBW-Sendemast bzw. Aussichtsturm diskutiert werden. Wir fordern hierzu einen entsprechenden Sperrvermerk.

Die Umstellung der LED-Beleuchtung, durch die wir dauerhaft spürbare Einsparungen in unserem Haushalt erzielen können, muss in 2024 in den Ortsteilen Schlechtbach und Zumhof sowie im Hauptort Rudersberg vollständig abgeschlossen werden. Die Sanierung der Technikräume am SZR muss aus sicherheitstechnischer Sicht intensiv vorangetrieben werden – ganz im Sinne des von uns geforderten Vorrangs der Pflichtaufgaben vor der Kür!

Wir plädieren für eine konsequente und kurzfristige Sanierung genutzter Gebäude wie dem Bürgerhaus in Schlechtbach. Auch das intensiv genutzte Freibad in Rudersberg benötigt Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen zur Pflege und Instandhaltung. Diese Maßnahmen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn damit ersparen wir den kommenden Generationen höhere Investitionen, die nicht oder nur noch sehr schwer finanzierbar sein werden.

Für die Zukunftsaufgabe Breitbandausbau – eine der Grundvoraussetzungen für die von uns allen geforderte Digitalisierung – sind in 2024 keine Mittel vorgesehen. Wir möchten im Gremium Möglichkeiten diskutieren, wie wir schneller sein können und Teilorte nicht abgehängt werden. Wir fordern die Verwaltung auf, hierzu konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Der beeindruckende Entwurf des neuen Feuerwehrhauses, teilweise durch die Medien bekannt geworden, sendet nach unserer Überzeugung falsche Zeichen in der Prioritätensetzung gegenüber dem Architekturbüro aus. Wir fordern einen funktionalen Baukörper, der einfach und wirtschaftlich erweiterbar ist, um den Bedürfnissen zukünftiger Generationen gerecht zu werden.

Der aktuelle Stellenplan erscheint uns nachvollziehbar, doch für ein detaillierteres Bild bitten wir darum, in den Haushaltsgesprächen eine anonymisierte Übersicht

über die aktuellen Flex- und Überstundenkontostände zu erhalten, um ein objektives Bild darüber zu erhalten, in welchen Bereichen aufgrund von strukturell überdurchschnittlich hoher Arbeitsbelastung personell nachgesteuert werden muss. Bei den Personalplanungen empfehlen wir, das Verhältnis von koordinativen, planenden Kräften zu ausführenden Kräften im Auge zu behalten, um Aufgaben auch in Zukunft effizient zu bewältigen.

Wir sehen Effizienz darin, durch die Übertragung von mehr Handlungskompetenzen, wie z.B. dem „Erteilen des Einvernehmens der Gemeinde“ in einfachen Bauangelegenheiten, die Verwaltung in die Lage zu versetzen, schneller und unkomplizierter als bisher zu handeln. Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Wir entlasten die Arbeit des Gemeinderats und beschleunigen die Bearbeitung von Bauanträgen – ganz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Da es sich um eine Entscheidung mit langfristiger Tragweite handelt, plädieren wir dafür, dass hierzu der neue Gemeinderat die Weichen stellt.

Die beschlossenen Änderungen zur nächsten Kommunalwahl, die zu einer Verringerung der Gremiumsmitglieder führen, muss aus unserer Sicht Anlass sein, das Budget entsprechend zu reduzieren, um ein positives Signal in die Bürgerschaft zu setzen. Wir fordern die Verwaltung auf, darzustellen, wie hoch das realistische Einsparpotenzial durch die Reduzierung des Gemeinderats ist.

In Zeiten des Wandels können wir verwalten oder mutig vorangehen. Die explodierenden Unterhalts- und Sanierungskosten der Ortsämter erfordern eine ergebnisoffene Diskussion über deren künftiges Leistungsspektrum, das in einem angemessenen Verhältnis zu den Besucherzahlen stehen muss.

Die Einnahmen-Ausgabenrechnung des Adventswalds möchten wir in den Haushaltsberatungen eingehend prüfen. Dem Vorschlag des Bürgermeisters bezüglich einer Immobilien GmbH stehen wir offen gegenüber, denn darin erkennen wir die Chance einer effizienten Neuorganisation für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung.

Unsere Anregungen sollen als Diskussionsgrundlage dienen, um Potenziale für einen robusten Haushalt zu identifizieren. Wir streben an, unsere Rücklagen stärker zu schonen, durch Digitalisierung und mutigen Verzicht die Weichen für einen soliden Haushalt in den kommenden Jahren zu stellen.

Abschließend betont die CDU-Fraktion ihre Ablehnung, die gesamten Rücklagen unserer Gemeinde in Höhe von ca. 15 Mio € in zwei Jahren abzuschmelzen. Es ist unsere Aufgabe zu priorisieren, kritische Themen anzusprechen und Veränderungen in offenen Diskussionen bei den Haushaltsgesprächen einzubringen.

Die anstehenden Kommunalwahlen dürfen jetzt nicht zu Bequemlichkeit und einem „weiter so“ führen. Was heute erledigt werden kann, sollte nicht auf morgen verschoben werden.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die an der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit, den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die erfolgreiche konstruktive Zusammenarbeit und meiner Fraktion für die gemeinsame Erstellung unserer Anträge.

Für die CDU-Fraktion: Robert Schuler, Rolf Kappler, Alexandra Stiltz und Albino Labrenz